

Olah, Livia Sz.

Zeitpolitiken und Fertilität. Fertilitätsraten, Frauenerwerbstätigkeit und die Zeitstrukturen frühkindlicher Betreuung und Bildung im Europa der Nachkriegszeit

Stecher, Ludwig [Hrsg.]; Allemann-Ghionda, Cristina [Hrsg.]; Helsper, Werner [Hrsg.]; Klieme, Eckhard [Hrsg.]: Ganztägige Bildung und Betreuung. Weinheim u.a. : Beltz 2009, S. 247-265. - (Zeitschrift für Pädagogik, Beiheft; 54)

urn:nbn:de:0111-opus-69683



in Kooperation mit / in cooperation with:

BELTZ

<http://www.beltz.de>

Nutzungsbedingungen / conditions of use

Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Die Nutzung stellt keine Übertragung des Eigentumsrechts an diesem Dokument dar und gilt vorbehaltlich der folgenden Einschränkungen: Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document.

This document is solely intended for your personal, non-commercial use. Use of this document does not include any transfer of property rights and it is conditional to the following limitations: All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Kontakt / Contact:

peDOCS
Deutsches Institut für Internationale Pädagogische Forschung (DIPF)
Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft
Informationszentrum (IZ) Bildung
Schloßstr. 29, D-60486 Frankfurt am Main
E-Mail: pedocs@dipf.de
Internet: www.pedocs.de

Zeitschrift für Pädagogik · 54. Beiheft

Ganztägige Bildung und Betreuung

Herausgegeben von
Ludwig Stecher, Cristina Allemann-Ghionda, Werner Helsper
und Eckhard Klieme

Beltz Verlag Weinheim und Basel

Die in der Zeitschrift veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Alle Rechte, insbesondere das der Übersetzung in fremde Sprachen, vorbehalten. Kein Teil dieser Zeitschrift darf ohne schriftliche Genehmigung des Verlages in irgendeiner Form – durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren – reproduziert oder in eine von Maschinen, insbesondere Datenverarbeitungsanlagen, verwendbare Sprache übertragen werden. Auch die Rechte der Wiedergabe durch Vortrag, Funk- und Fernsehsendung, im Magnettonverfahren oder auf ähnlichem Wege bleiben vorbehalten. Fotokopien für den persönlichen oder sonstigen eigenen Gebrauch dürfen nur von einzelnen Beiträgen oder Teilen daraus als Einzelkopie hergestellt werden. Jede im Bereich eines gewerblichen Unternehmens hergestellte oder genutzte Kopie dient gewerblichen Zwecken gem. § 54 (2) UrhG und verpflichtet zur Gebührenzahlung an die VG Wort, Abteilung Wissenschaft, Goethestr. 49, 80336 München, bei der die einzelnen Zahlungsmodalitäten zu erfragen sind.

©2009 Beltz Verlag · Weinheim und Basel
Herstellung: Klaus Kaltenberg
Gesamtherstellung: Druckhaus »Thomas Müntzer«, Bad Langensalza
Printed in Germany
ISSN 0514-2717
Bestell-Nr. 41155

Inhaltsverzeichnis

<i>Ludwig Stecher/Cristina Allemann-Ghionda/Werner Helsper/Eckhard Klieme</i> Ganztägige Bildung und Betreuung – Einleitung	7
--	---

Ganztagschulen als Organisationskonzept

<i>Heinz Günter Holtappels/Wolfram Rollett</i> Schulentwicklung in Ganztagschulen. Zur Bedeutung von Zielorientierungen und Konzeption für die Qualität des Bildungsangebots	18
--	----

<i>Franz Prüß/Susanne Kortas/Matthias Schöpa</i> Die selbstständige(re) Ganztagschule	40
--	----

<i>Bettina Arnoldt</i> Der Beitrag von Kooperationspartnern zur individuellen Förderung an Ganztagschulen	63
---	----

<i>Christine Steiner</i> Mehr Chancengleichheit durch die Ganztagschule?	81
---	----

<i>Gudrun Meister</i> Auswirkungen aktueller demographischer Entwicklungen auf die Ganztagschulentwicklung von Sekundarschulen im Land Sachsen-Anhalt	106
---	-----

Lernprozesse und Wirkungen

<i>Beth M. Miller/Kimberly A. Truong</i> The Role of Afterschool and Summer in Achievement. The Untapped Power of Afterschool and Summer to Advance Student Achievement	124
---	-----

<i>Natalie Fischer/Hans Peter Kuhn/Eckhard Klieme</i> Was kann die Ganztagschule leisten? Wirkungen ganztägiger Beschulung auf die Entwicklung von Lernmotivation und schulischer Performanz nach dem Übergang in die Sekundarstufe	143
--	-----

Fritz-Ulrich Kolbe/Sabine Reh

Adressierungen und Aktionsofferten. Möglichkeiten und Grenzen der Bearbeitung der Differenz von Aneignen und Vermitteln in pädagogischen Praktiken von Ganztagschulen. Zwischenergebnisse aus dem Projekt „Lernkultur- und Unterrichtsentwicklung an Ganztagschulen“ (LUGS) 168

Betreuung und Zeitpolitik

Cristina Allemann-Ghionda

Ganztagschule im europäischen Vergleich. Zeitpolitiken modernisieren – durch Vergleich Standards setzen? 190

Karen Hagemann

Die Ganztagschule als Politikum. Die bundesdeutsche Entwicklung in gesellschafts- und geschlechtergeschichtlicher Perspektive 209

Monika Mattes

Ganztagserziehung in der DDR. „Tagesschule“ und Hort in den Politiken und Diskursen der 1950er- bis 1970er-Jahre 230

Livia Sz. Oláh

Zeitpolitiken und Fertilität. Fertilitätsraten, Frauenerwerbstätigkeit und die Zeitstrukturen frühkindlicher Betreuung und Bildung im Europa der Nachkriegszeit 247

Ivo Züchner

Zusammenspiel oder Konkurrenz? Spurensuche zum Zusammenhang von schulischen Ganztagsangeboten und dem Zeitregime von Familien 266

Livia Sz. Oláh

Zeitpolitiken und Fertilität

Fertilitätsraten, Frauenerwerbstätigkeit und die Zeitstrukturen frühkindlicher Betreuung und Bildung im Europa der Nachkriegszeit¹

In diesem Aufsatz versuche ich, die verschiedenen Faktoren, welche die Zeitpolitiken der frühkindlichen Betreuung und Erziehung und die Geburtenraten in Europa miteinander verbinden, zu untersuchen. Ich beginne damit, den theoretischen und methodologischen Ansatz, welcher meiner Analyse zu Grunde liegt, offen zu legen. Danach wende ich mich den empirischen Befunden und Ergebnissen meiner Untersuchung zu. In der empirischen Analyse spreche ich zunächst die Veränderungen an, welche in dem Verhältnis zwischen den Frauenerwerbsquoten und den Fertilitätsraten zwischen den späten 1960er- und den frühen 2000er-Jahren auftraten. In einem weiteren Schritt integriere ich die Dimension der Zeitpolitiken (zum Begriff „Zeitpolitik“ vgl. Hagemann 2006) der frühkindlichen Betreuung und Erziehung. Abschließend diskutiere ich die Frage, warum und wie bestimmte Zeitpolitiken mehr oder weniger förderlich in Bezug auf die Gebärfreudigkeit sind, was ein zentrales Thema für die Zukunft des Wohlfahrtsstaates ist und durch jedwede zukünftige Reform angesprochen werden muss.

Während der zweiten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts unterlagen die Familienstrukturen in Europa erheblichen Veränderungen. Neue Familienformen kamen auf und etablierten sich neben der traditionellen Kernfamilie (das heißt: Ehepaar und Kinder), welche auf dem Mann-als-Ernährer-Modell, einer strikten Geschlechterrollentrennung und, infolgedessen, auf der klaren Trennung der Aufgaben und Chancen beider Geschlechter basierte. Da wirksame, moderne Kontrazeptiva verfügbar wurden, wurden Heirat und Kinderkriegen zunehmend auf das Alter zwischen Ende Zwanzig und Anfang Dreißig verlegt (vgl. Caldwell/Schindlmayr 2003, S. 244). So wurde es unter anderem dank höherer Bildung und bezahlter Arbeit für Frauen eher möglich, Erfahrungen in der öffentlichen Sphäre zu sammeln. Gleichzeitig sanken Geburtenraten und Eheschließungsdaten, während die Anzahl zerbrechlicher Beziehungen sowie die Scheidungsraten stiegen. Die Aussicht, das eigene Kind oder die eigenen Kinder alleine erziehen zu müssen, ist für viele Elternteile zur Wirklichkeit geworden. Diese Tatsache mag ebenfalls

1 Dieser Beitrag entstand im Rahmen des Forschungsprojektes „Das deutsche Halbtagsmodell: ein Sonderweg in Europa? Eine Analyse der Zeitpolitiken öffentlicher Bildung im Ost-West-Vergleich (1945-2000).“ (Co-Leitung: Karen Hagemann, Chapel Hill, und Cristina Allemann-Ghionda, Köln, mit Konrad H. Jarausch, Chapel Hill und Potsdam; von der VolkswagenStiftung gefördert). Gerne möchte ich dem Forskningsrådet för arbetsliv och Socialvetenskap (FAS) danken, dessen Post-Doc-Forschungsstipendium es mir ermöglicht hat, meine Studie fortzusetzen und diesen Beitrag zu verfassen.

Übersetzung durch Saskia Pfeiffer und Cristina Allemann-Ghionda (Köln).

zum Sinken der Geburtenraten beigetragen haben, während zugleich die Rolle der Frau jenseits der Privatsphäre gestärkt wurde (vgl. Hobson/Oláh 2006b, S. 48). Das traditionelle Mann-als-Ernährer/Frau-als-Hausfrau-Modell wird im zeitgenössischen Europa von einer zunehmend kleineren Anzahl Paarbeziehungen angenommen, während gleichzeitig Bildungssysteme und Arbeitsmarkt immer deutlicher ein verhältnismäßig hohes Niveau der Geschlechtergleichberechtigung aufweisen (vgl. McDonald 2000a, S. 4).

Die Veränderungen in den Beziehungsmustern führten, zusammen mit dem Aufschub der Elternschaft und der beträchtlichen Beteiligung der Frauen an der Erwerbsbevölkerung, gegen Ende des zwanzigsten Jahrhunderts in fast allen europäischen Staaten zu Fertilitätsraten unter 2,1 Kindern pro Frau im Durchschnitt, was unter der bestandserhaltenden Geburtenrate liegt. Skandinavische und westeuropäische Länder blicken auf mehrere Jahrzehnte mit solch niedrigen Fertilitätsraten zurück – ein Phänomen, das in Mittelmeerländern (1980er-Jahre) und in Ostmitteleuropa (1990er-Jahre) erst später aufgetreten ist. Am Ende des zwanzigsten Jahrhunderts gaben nahezu alle europäischen Staaten Geburtenraten unter der bestandserhaltenden Geburtenrate bekannt, wobei signifikante Unterschiede zwischen den Ländern bestanden. Während die skandinavischen Länder sowie die französisch-, niederländisch- und englischsprachigen Länder mäßige Fertilitätsraten aufwiesen, fielen die Geburtenraten in den deutschsprachigen Ländern, in Südeuropa sowie in den vormals staatssozialistischen Ländern im östlichen Mitteleuropa unter 1,5 Kinder pro Frau (vgl. Europarat 2001; 2002; 2003; 2004; Eurostat 2008a). Dieses Niveau wird als „Sicherheitszone“ für eine geringe Fertilität betrachtet (vgl. McDonald 2006, S. 485). Wenn die Fertilitätsrate über längere Zeit unter 1,5 Kinder pro Frau stagniert, werden die Aussichten auf das zukünftige Angebot an Arbeitskräften problematisch. Der rasch steigende Anteil von Senioren übt einen zunehmenden Druck auf die öffentlichen Ausgaben aus und gefährdet somit die Zukunft des Wohlfahrtsstaates. Als Folge davon ist eine geringe Geburtenrate zu einem Thema geworden, das politische Entscheidungsträger sowohl in Europa als auch in anderen Teilen der Ersten Welt sich zu ignorieren kaum leisten können (vgl. auch *Population and Development Review* 2004).

Wenn die politischen Entscheidungsträger sich diesem Thema widmen, können sie auf ein großes Korpus von Forschungsergebnissen zurückgreifen. Zahlreiche in jüngerer Zeit durchgeführte Studien haben den Zusammenhang zwischen Geburtstrends und institutionellen Settings sorgfältig untersucht. Aktuelle Studien zu diesem Thema sind beispielsweise Di Prete u.a. (2003), Gornick/Meyers (2003), Rindfuss/Guzzo/Morgan (2003) und Hobson/Oláh (2006a). Und dennoch haben sowohl Forscher als auch politische Entscheidungsträger den Zeitpolitiken, die eine wichtige Dimension institutioneller Arrangements ausmachen, besonders denjenigen, die sich auf Kinderbetreuung und Erziehung beziehen, noch relativ wenig Aufmerksamkeit gewidmet. Insbesondere ist wenig über die Wechselwirkungen von Zeitpolitiken der frühkindlichen Erziehung und Betreuung und der Fertilität bekannt. Aus einer Reihe von Gründen ist dies ein wichtiger und komplexer Aspekt, welcher weiterer Forschung bedarf. Erstens verlangen die Diversität der Familienkonstellationen und die Präsenz der Frauen auf dem Arbeitsmarkt eine Reihe von Kinderbetreuungseinrichtungen, die eine Kombination aus Mutterschaft und nicht familialen Rollen über die unmittelbar auf die Geburt folgenden Monate hinaus er-

lauben, denen üblicherweise durch Programme wie Mutterschutz oder Elternzeit begegnet wird (vgl. Presser 1989, S. 523). Zweitens bestimmen die (vor-)schulischen Stundenpläne die Kompatibilität dieser Rollen, da kurze Schultage und/oder lange Mittagspausen ohne Versorgung der Kinder mit einem Mittagessen in der Schule es den Müttern schwer machen, mehrere Rollen auszufüllen. Drittens scheint der Anspruch der Frauen auf Zeit für sich neben der Zeit für Erwerbstätigkeit im Laufe der letzten Jahrzehnte stärker geworden zu sein, was die Größe der Familien noch weiter begrenzt hat. Nur durch effektive Zeitpolitiken in der Kinderbetreuung und im Primarschulwesen konnte es gelingen, diesem Anspruch entgegenzukommen (vgl. Presser 2001, S. 179f.).

Ein besseres Verstehen der Fertilitätstrends in Beziehung zu einem bestimmten politischen Kontext ist somit notwendig für eine Politikbildung, deren Ziel eine nachhaltige Entwicklung ist.

1. Die Analyse von Fertilitätsraten: Theoretische Überlegungen

In den 1990er-Jahren sank die Geburtsrate und verharrte auf extrem niedrigen Quoten. Dabei intensivierte sich die Debatte über die Gründe der niedrigen Geburtenraten in der demographischen und volkswirtschaftlichen Literatur (einen Überblick geben Hobson/Oláh 2006b, S. 49ff.). Ungeachtet seiner unbestreitbaren Relevanz ist der Einfluss der zeitlichen Dimension der Kinderbetreuungs- und Grundschulpolitiken auf die Geburten-trends weitestgehend unerforscht geblieben.

Meine eigene Analyse basiert auf einer Kombination aus der *gender equity*-Theorie (für eine sorgfältige Darlegung der *gender equity*-Theorie siehe McDonald 2000a, S. 1ff.) und der Risiko-Vermeidungs-Theorie (vgl. Beck 1986; Hobson/Oláh 2006b, S. 50; McDonald 2000b, S. 14ff.). Beiden Theorien liegt die Annahme zugrunde, dass in modernen Gesellschaften lebende Frauen und Männer als Individuen zum größten Teil gleichberechtigten Zugang zu Bildung auf allen Stufen und zu bezahlter Arbeit genießen – ganz unabhängig von ihrer Geschlechtszugehörigkeit. Dem relativ hohen Grad der Geschlechtergleichberechtigung, welcher in diesen individuumorientierten gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Institutionen erreicht wurde, sind die familienorientierten Institutionen nicht angepasst, vor allem nicht die Familien, in welchen Frauen weiterhin den Löwenanteil an Hausarbeit und Kinderbetreuung leisten (vgl. Breen/Cooke 2005, S. 43f.). Der niedrige Grad an Gleichberechtigung in der Familie schränkt die Möglichkeiten der Frauen auch in anderen Bereichen, einschließlich des Arbeitsmarktes, ein. Nur ein oder zwei Kinder, oftmals auch gar keine, zu haben, ist somit eine Strategie geworden, welche Frauen, die sich gerne alle Möglichkeiten offen halten wollen, verfolgen. Außerdem können Frauen auf moderne und effiziente Empfängnisverhütungsmittel vertrauen, welche ihnen zum ersten Mal in der Geschichte nahezu absolute Kontrolle über ihre eigene Fertilität gegeben haben (vgl. Presser 2001, S. 178). So ist die Geburtenrate in Gesellschaften, wo ein großer Teil der Frauen keinen anderen Weg sieht, die eigenen Chancen zu verbessern, als die Größe der Familie radikal zu begrenzen, auf noch nie da gewesene niedrige Stufen gefallen (vgl. McDonald 2006, S. 492f.). Zum Beispiel fiel in

Ostdeutschland die Gesamtfertilitätsrate nach der Wiedervereinigung im Jahre 1990 für einen Zeitraum von sechs Jahren unter eine Geburt pro Frau und blieb seitdem unter 1,5 Kindern pro Frau. Diese Quoten, Ergebnis des Wechsels von der Familienpolitik des vorherigen Regimes zu der des westdeutschen Staates, stehen in scharfem Gegensatz zu der moderaten Fertilitätsrate in der DDR in den Jahrzehnten vor 1990 (vgl. Institut national d'études démographiques 2007). Dieses Beispiel illustriert zudem die Rolle, welche Politikmodelle in Bezug auf die Verkleinerung oder das Aufrechterhalten der Kluft zwischen dem Grad der Geschlechtergleichheit in individuumorientierten gesellschaftlichen Institutionen und der Familie spielen, was wiederum das Gebärverhalten beeinflusst. Während in der früheren DDR eine Reihe von Politikmaßnahmen das Zwei-Verdiener-Modell förderten, unterstützen westdeutsche Politiken stattdessen das Mann-als-Ernährer-Modell, wie zum Beispiel sowohl die unzureichende öffentliche Betreuung für Vorschulkinder als auch das Halbtagsmodell der frühkindlichen Erziehung sowie der Grundschule zeigen (vgl. Hagemann 2006, S. 217, 222, 225; Kreyenfeld 2004, S. 278ff., 307; Hagemann 2009, in diesem Band). Diese grundlegende Veränderung trieb ostdeutsche Frauen im Wesentlichen in einen de facto Geburtenstreik, dessen Ausmaße, wenn nicht sogar als Phänomen an sich, in Europa bisher unerreicht blieben (vgl. Hobson/Oláh 2006a, S. 200ff., 217ff.).

Eine weitere wichtige Frage, mit welcher sich politische Entscheidungsträger konfrontiert sehen, ist, warum die Beteiligung am Arbeitsmarkt, die eine Schlüsselkomponente in der *gender equity*-Theorie darstellt, im Gegensatz zu den 1940er- und den 1950er-Jahren für Frauen auch dann wichtig bleibt, wenn sie eine Partnerschaft eingehen. Die Antwort auf diese Frage kann in dem Unsicherheits-und-Risiko-Konzept gefunden werden (vgl. Hobson/Oláh 2006b, S. 50). Ein hoher Grad an Jugendarbeitslosigkeit über einen längeren Zeitraum in einer Reihe von europäischen Ländern (vgl. Micklewright/Stewart 1999, S. 701; OECD 2006, S. 34, 37), kombiniert mit hohen wirtschaftlichen Erwartungen und einem Widerwillen zu akzeptieren, dass der eigene Lebensstandard, wenn auch vorübergehend, niedriger als der des Elternhauses ist (vgl. van de Kaa 1996, S. 413f.; Dalla Zuanna 2001, S. 150f.), haben unter vielen jungen Leuten, gleich welchen Geschlechts, das Gefühl genährt, für sich selbst sorgen zu können. Aufgrund der wachsenden Instabilität von Partnerschaften sind viele junge Frauen verstärkt risikoscheu geworden. Zudem sind sich Frauen zunehmend der für die Geschlechter ungleichen Folgen einer Scheidung bewusst, welche Frauen viel öfter als Männer mit finanziellen Schwierigkeiten zurücklässt, insbesondere wenn sie Kinder haben (vgl. Andress u.a. 2006, S. 551; für einen Überblick über Studien über die ökonomischen Folgen von Scheidung s. auch Gähler 1998, Kap. 2). Infolgedessen versuchen junge Leute, vor allem junge Frauen, in modernen Gesellschaften, das Risiko finanzieller Unsicherheit zu minimieren, indem sie die Gründung einer Familie aufschieben und die Zahl der Kinder, die sie haben oder zu haben planen, reduzieren. Stattdessen versuchen sie ihre Position auf dem Arbeitsmarkt zu verbessern, indem sie in ihr Humankapital investieren, sowohl in Bezug auf Bildungsabschlüsse als auch in Bezug auf Arbeitserfahrung (vgl. McDonald 2006b, S. 15). Unumkehrbare Entscheidungen wie ein Kind zu bekommen, werden somit in hohem Maße von Familienpolitiken beeinflusst, welche die Kombination von El-

ternschaft und Erwerbstätigkeit entweder unterstützen oder einschränken. Aus dieser Perspektive sind die Zeitpolitiken für die frühkindliche Erziehung und Betreuung besonders wichtig. Denn wenn Erwerbstätigkeit und die Erziehung und Betreuung der Kinder aufgrund von kurzen Öffnungszeiten der Horte, fehlendem Mittagessen in den Schulen und fehlender nachschulischer Betreuung nahezu inkompatibel gemacht werden, könnten Frauen sich gezwungen sehen, zwischen dem ‚risikoreichen Projekt‘ Mutterschaft und dem eher sicheren Weg der kontinuierlichen Beteiligung auf dem Arbeitsmarkt entscheiden zu müssen.

Während die große Mehrheit der jungen Leute irgendwann einmal Eltern werden, hat der Zeitpunkt dieses Schrittes enorme Konsequenzen für die bestandserhaltende Gesamtgeburtenrate eines Landes. Während es nur ein Kind braucht, um Eltern zu werden, kann sich die Bevölkerung eines Landes nicht selbst ersetzen, wenn die meisten Paare nur ein Kind bekommen. Angesichts bestimmter biologischer und sozialer Einschränkungen mündet späte Elternschaft oftmals in Kleinfamilien. Zudem stärkt der Aufschub der ersten Geburt das Bedürfnis der Frauen, Zeit für sich selbst zu beanspruchen. Dieses Bedürfnis ist besonders entwickelt, wenn sie durch einen Großteil des frühen Erwachsenenlebens gegangen sind, ohne für die Versorgung von Kindern verantwortlich zu sein. Wenn die Zeitpolitiken frühkindlicher Erziehung und Betreuung den Ansprüchen der Mütter nicht gerecht werden und es auch an marktbasierter Lösungen mangelt, ist es wahrscheinlich, dass viele Frauen nach dem ersten Kind davon absehen, weitere Kinder zu bekommen (vgl. Di Giulio/Pinelli 2007, S. 35). Dies ist insbesondere der Fall, weil sich die Mehrzahl der Väter in den meisten Gesellschaften im Allgemeinen nicht bereit gezeigt hat, ihre Beteiligung an der Betreuung und Erziehung der Kinder wesentlich zu erhöhen (vgl. Presser 2001, S. 179f.). Andere Frauen, welche noch nicht Mütter geworden sind, aber von Verwandten, Freundinnen, Nachbarinnen oder Kolleginnen über Erfahrungen von Müttern gehört haben, entscheiden sich möglicherweise dazu, gänzlich auf die Mutterschaft zu verzichten. Diese Faktoren zusammen können eine niedrige Fertilitätsrate fest etablieren.

Mein Analysemodell für die Untersuchung der Zusammenhänge zwischen Zeitpolitiken, Frauenerwerbstätigkeit und Geburtenraten basiert somit auf den folgenden drei Voraussetzungen. Erstens: Die Kluft zwischen dem Grad der Geschlechtergleichheit in individuumorientierten sozialen Institutionen und familienorientierten Institutionen entstand, weil beträchtliche Anteile der Frauen auch nach der Heirat und der Geburt des ersten Kindes erwerbstätig blieben. Zweitens: Die Beteiligung der Frauen an der Erwerbsbevölkerung über das junge Erwachsenenalter und über die ersten Stadien der eigenen Familie hinaus verstärkte sich, weil das Mann-als-Ernährer-Modell aufgrund der wachsenden Unsicherheiten auf dem Arbeitsmarkt und der erheblichen Konjunkturschwankungen zunehmend wirtschaftlich unrentabel wurde (vgl. Oppenheimer 1994, S. 315ff., 331ff.; Hobson/Oláh 2006b, S. 46). Drittens: Pläne des Kinderkriegens und der Erwerbstätigkeit, die Geburtenrate und das Arbeitsverhalten sind in modernen Gesellschaften durch einen Prozess zirkulärer kumulativer Kausalität (d.h. alle drei Komponenten beeinflussen und potenzieren sich gegenseitig) miteinander verbunden (vgl. Bernhardt 1993, S. 34f.). Frauen werden sich zunehmend der zeitlichen Einschränkun-

gen bewusst, welche ihnen durch bestimmte familienpolitische Maßnahmen in Bezug auf ihre Wahlmöglichkeiten zwischen Kinderkriegen und Erwerbstätigkeit auferlegt werden. Indem ich aggregierte Daten zu verschiedenen relevanten Maßnahmen, welche für verschiedene europäische Länder der OECD getroffen wurden, heranziehe, wird im Folgenden meine Analyse die Mechanismen der Zeitpolitiken frühkindlicher Erziehung und Betreuung und der Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Mutterschaft beleuchten.

2. Zeitpolitiken und die Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Mutterschaft

Wirtschaftswissenschaftler haben die Auffassung vertreten, dass es seit den 1960er-Jahren eine Verbindung zwischen ansteigenden Raten weiblicher Erwerbstätigkeit und dem gleichzeitigen Rückgang von Geburtenraten gibt. Diese Trends hätten zu einem substantiellen Anstieg der finanziellen Unabhängigkeit der Frauen, welche als der Hauptgrund für eine geringe Fertilität angesehen wird, beigetragen.

Besonders bedeutend war hier der Ansatz der *New Home Economics*, welche das Forschungsgebiet der Familien- und Konsumwirtschaftswissenschaft, das vierzig Jahre zuvor als Haushaltswirtschaftswissenschaft (*household economics*) begonnen hatte, in den frühen 1960er-Jahren erweiterten (vgl. Grossbard-Shechtman 2001, S. 103f.). Laut dieser Analyse wurde die Zeit, welche Frauen der Kinderbetreuung widmeten, mit dem Anstieg ihrer Ertragskraft gewissermaßen „teurer“, was wiederum die mit dem Kinderkriegen und dessen Folgen verbundenen Kosten erhöhte. Als Folge dessen sank der Wunsch der Paare, mehr als ein oder zwei Kinder zu haben (vgl. Becker 1991, S. 140). Im Gegensatz dazu waren die Kosten der Erziehung und Betreuung von Kindern bei Müttern, die nicht berufstätig waren, unerheblich. Sie hatten daher nur einen geringen Einfluss auf die Geburtenraten in den Ländern, welche noch von dem Mann-als-Ernährer-Modell dominiert wurden, zumal Frauen die Erwerbstätigkeit üblicherweise aufgaben, sobald sie Mütter wurden. Als dieses Muster sich veränderte, stiegen die Kosten der Kinderbetreuung und -erziehung jedoch enorm an, ebenso wie die Kluft zwischen dem Grad der Geschlechtergleichheit auf dem Arbeitsmarkt und in den Familien (vgl. Joshi 1998, S. 161f.). Zusammen haben diese Faktoren bewirkt, dass die Fertilitätsraten noch weiter sanken. Wie sie sich auf eine langjährige Karriere vorbereitet haben, so haben immer mehr junge Frauen auch die Familienplanung sorgfältig (Anzahl der Kinder, zeitliche Planung) vorbereitet. Neben anderen Dingen haben sie erwogen, wie die zweifachen Verantwortlichkeiten in Beruf und Familie unter den gegebenen Strukturen sozialer Unterstützung bestmöglich zu vereinbaren sind, und ständig ihre weiteren Pläne in Bezug auf Beschäftigungsmöglichkeiten und Anzahl der Kinder überprüft (vgl. Brewster/Rindfuss 2000, S. 289f.).

Tatsächlich haben Studien eine starke negative Korrelation zwischen Geburtenraten und der Beteiligung der Frauen am Arbeitsmarkt für die 1960er- und 1970er-Jahre gezeigt, als die Unterstützung der Familienpolitik für Familien mit zwei Verdienern sehr

beschränkt blieb, auch in Ländern mit einem relativ hohen Anteil an erwerbstätigen Frauen wie den skandinavischen Staaten (vgl. z.B. Brewster/Rindfuss 2000, S. 278; Ahn/Mira 2002, S. 668; Rindfuss/Guzzo/Morgan 2003, S. 424). Folglich drückte die hohe Beteiligung der Frauen am Arbeitsmarkt die Fertilitätsraten in diesen Ländern. In dieser Hinsicht waren die skandinavischen Länder ‚Vorreiter‘. In anderen Ländern der Ersten Welt war das Problem der Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Familie in den 1960er- und 1970er-Jahren noch nicht zu Tage getreten, weswegen die Geburtenraten vergleichbar hoch blieben. Dieselbe allgemeine Schlussfolgerung ergibt sich auch aus Daten, die sich nur auf europäische Länder beziehen. In dieser Zeitspanne traten die Zeitpolitiken frühkindlicher Betreuung und Erziehung noch nicht als wichtiges Thema hervor, vor allem weil sich die Mütter nach der Geburt des ersten Kindes in der Regel aus der Erwerbstätigkeit zurückzogen. Leider existieren für diesen Zeitraum keine vergleichbaren Daten über die Frauenerwerbsquote in den ehemaligen staatssozialistischen Ländern, in welchen das Bekenntnis des jeweiligen Regimes zur vollen Erwerbstätigkeit von Frauen und Männern von familienpolitischen Maßnahmen begleitet wurde, welche das Familienleben und das Aufziehen von Kindern leichter zu bewältigen machten (vgl. Oláh 1998, S. 48, 52). Diese Länder konnten somit nicht in Studien über diesen Zeitraum berücksichtigt werden.

In den 1980er-Jahren stieg der Anteil der Frauen an der Erwerbsbevölkerung überall in der Ersten Welt weiter an, während die Fertilitätsraten weiter fielen. Das Verhältnis zwischen der Frauenerwerbstätigkeit und der Geburtenhäufigkeit begann sich in den OECD-Ländern gegen Ende der 1980er-Jahre jedoch zu verändern (vgl. Brewster/Rindfuss 2000, S. 283; Ahn/Mira 2002, S. 669; Rindfuss/Guzzo/Morgan 2003, S. 424f.). Indem der Fokus weiterhin auf Westeuropa gerichtet war, aber auch (im Gegensatz zu anderen Studien) OECD-Länder aus dem ehemaligen Ostblock berücksichtigt wurden, zeichnet sich dasselbe Bild ab – mit der höchsten Geburten- und Frauenerwerbstätigkeitsrate in den skandinavischen Ländern. Die Gesellschaften des östlichen Mitteleuropas weisen mäßige Quoten von Fertilität und weiblicher Erwerbstätigkeit auf, während die deutschsprachigen und die Mittelmeerländer mit der Ausnahme von Portugal in beiden Bereichen niedrige Werte aufweisen. In diesen beiden Gruppen scheinen die beschränkte Verfügbarkeit von öffentlicher Betreuung und Erziehung für Kleinkinder (vgl. OECD 2001, S. 143ff.), die besonderen Öffnungszeiten öffentlicher Horte und die besondere Organisation des Schultags in der Grundschule (vgl. Hagemann 2006, S. 217f.; Valiente 2003, S. 289f.) zu dem relativ bescheidenen Anstieg der Frauenerwerbstätigkeit seit den 1960er-Jahren beigetragen zu haben. Gleichzeitig scheinen sie jedoch die Fertilitätsraten unter die kritische Stufe von 1,5 Kindern pro Frau gedrückt zu haben.

Daten aus den siebenundzwanzig Ländern der Europäischen Union und Norwegen belegen, dass die positive Korrelation zwischen dem Grad der Frauenerwerbstätigkeit und der Fertilität zu Beginn des 21. Jahrhunderts offensichtlich bleibt. Anders als in den späten 1980er- und frühen 1990er-Jahren weisen nun eine große Anzahl an Ländern, insbesondere die deutschsprachigen und alle Staaten in Südeuropa sowie im östlichen Mitteleuropa, sehr niedrige Geburtenraten auf, die in vielen Fällen auch mit einem relativ niedrigen Grad an weiblicher Erwerbstätigkeit einhergehen. Der Rückgang in beiden

Bereichen in den ehemaligen staatssozialistischen Ländern kann durch radikale Kürzungen staatlicher Hilfen, welche zuvor die Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Familie erleichterten, erklärt werden (vgl. Pascall/Manning 2000, S. 248ff., 252ff.; Kocourková 2002, S. 311f., 314f.). Länder aus dem Norden Europas mit einer Frauenerwerbsquote von mindestens 60 Prozent weisen auch relativ hohe Fertilitätsraten auf (vgl. Oláh 2007, S. 6). Gesellschaften, in welchen die Erwerbsquoten von Frauen um die 50 Prozent oder niedriger sind, gehören hingegen eher zu der Gruppe mit geringer Geburtenrate. Da Länder mit einem hohen Grad an weiblicher Erwerbstätigkeit keine extrem niedrigen Geburtenraten aufweisen, jene mit einem niedrigen Grad an weiblicher Erwerbstätigkeit aber schon, sind die aktuellen europäischen Geburtentrends durch eine herkömmliche ökonomische Argumentation nicht zu erklären. Tatsächlich zeigt das Datenmaterial, dass die Zwei-Verdiener-Familie in allen europäischen Ländern ein etabliertes Modell geworden ist. Fertilitätsraten sind somit für die Kluft in der Gleichstellung der Geschlechter sensibel geworden, was dazu geführt hat, dass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, inklusive der Organisation der frühkindlichen Betreuung und Erziehung, zu einer wichtigen Priorität in der Politik geworden ist.

Obwohl das Zwei-Verdiener-Familienmodell nicht impliziert, dass beide Verdiener – Mann und Frau – ganztätig arbeiten, schränkt es ihr Zeitmanagement ein. Durch beider Erwerbstätigkeit wird nämlich die Zeit für andere Aktivitäten wie die Betreuung und Erziehung der Kinder eingeschränkt. Dieser Argumentation folgend wäre eine sehr geringe Fertilität nur in den Ländern mit ziemlich eingeschränkten Möglichkeiten der Teilzeitarbeit zu erwarten. Tatsächlich konnte für Italien gezeigt werden, dass eine eingeschränkte Verfügbarkeit von öffentlichen Betreuungsarrangements und Teilzeitarbeit die Geburtenhäufigkeit senken (vgl. Del Boca 2002, S. 568). Abbildung 1 zeigt jedoch, dass dies nicht ganz auf die siebenundzwanzig EU-Länder sowie Norwegen zutrifft.

Die meisten Staaten mit extrem niedrigen Geburtenraten, wie jene aus dem östlichen Mitteleuropa und Südeuropa, weisen ebenfalls einen geringen Prozentsatz (unter 20 Prozent) an weiblicher Teilzeitbeschäftigung im hauptgebärfähigen Alter auf. In Österreich und Deutschland, die eine ähnlich geringe Fertilitätsrate haben, ist rund ein Drittel aller Frauen in Teilzeit beschäftigt. Dieser Anteil übersteigt den in Frankreich bestehenden und entspricht dem in den skandinavischen Ländern, welche alle die höchsten Fertilitätsraten in Europa haben (vgl. Eurostat 2008a, 2008b). Dies lässt vermuten, dass zusätzlich zu der Verfügbarkeit von Teilzeitarbeit weitere Faktoren, inklusive – sehr wahrscheinlich – den Zeitpolitiken frühkindlicher Betreuung und Erziehung, welche ein bestimmtes Maß an Flexibilität der familiären Arrangements erlauben, einen wichtigen Einfluss auf das Gebärverhalten haben.

Wie bereits festgestellt wurde, ist das Zwei-Verdiener-Familienmodell heutzutage in den meisten europäischen Ländern gut etabliert. Nichtsdestotrotz ziehen es Mütter von Kleinkindern oft vor, zu Hause zu bleiben, um selbst für die Kinder zu sorgen, indem sie, wenn verfügbar, den Vorteil großzügiger Mutterschutz- oder Elternzeitprogramme wahrnehmen (für einen sorgfältigen Überblick über diese Programme vgl. z.B. Kocourková 2002, S. 306ff.; Ferrarini 2003; Gauthier 2002, S. 460ff.). Somit würden wir allenfalls eine schwache Korrelation zwischen der Beteiligung von Kindern unter drei Jahren an

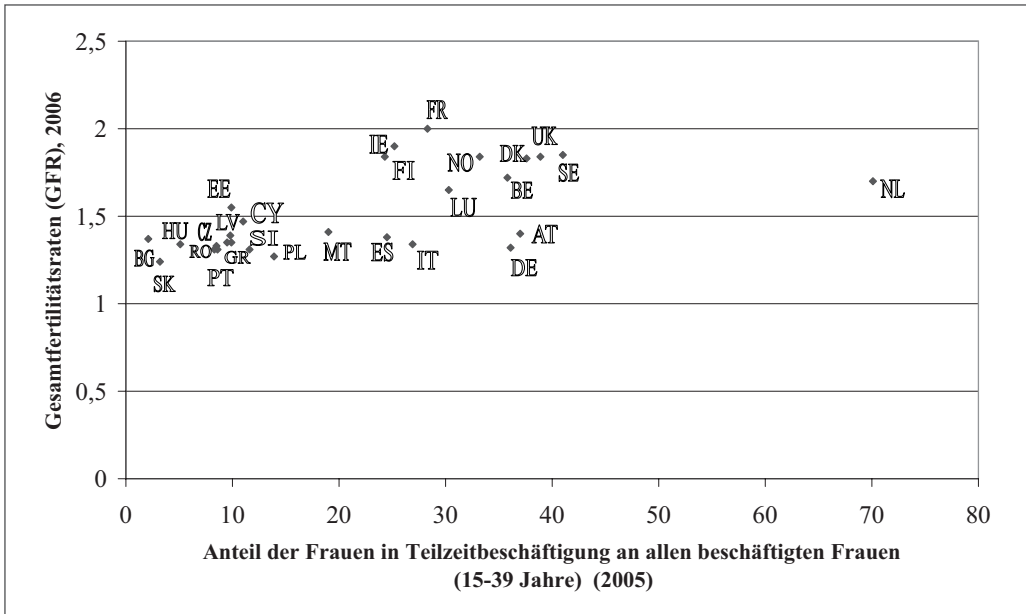


Abb. 1: Korrelation zwischen dem Anteil der Frauen, die einer Teilzeitbeschäftigung nachgehen, an allen beschäftigten Frauen (15-39 Jahre) in EU-27 und Norwegen (2005) und Gesamtfertilitätsraten (GFR) (2006)

Anmerkung: Pearson's Korrelationskoeffizient = 0,61. Weil Daten zur GFR für Belgien und Italien für 2006 noch nicht zugänglich sind, werden hier für diese Länder Daten von 2005 verwendet. Für Teilzeitarbeit werden für diese Länder Daten von 2004 benutzt (Quelle: Eurostat 2008a und 2008b).

Formen der außerfamiliären Betreuung und der Fertilitätsrate eines Landes erwarten (vgl. OECD 2008). Aber tatsächlich finden wir, wie Abbildung 2 zeigt, eine starke positive Korrelation zwischen den beiden.

Tatsächlich stellt die Mehrheit der Länder mit dem geringsten Anteil an in Betreuungseinrichtungen untergebrachten Kindern, insbesondere Österreich, Deutschland, die Tschechische Republik und Ungarn, auch eine ziemlich lange Beurlaubung für Eltern, die ihre Kinder gerne zu Hause betreuen und erziehen möchten, bereit (vgl. Gauthier 2002, S. 470; Kocourková 2002, S. 308f.). Gleichzeitig weisen sie Geburtenraten unter der kritischen Grenze auf. Im Gegensatz dazu weisen alle Länder, in denen mindestens ein Drittel der Kinder unter drei Jahren in öffentlichen Betreuungsinstitutionen untergebracht sind, verhältnismäßig hohe Geburtenraten auf. Dies lässt vermuten, dass eine eingeschränkte Verfügbarkeit von öffentlichen Bildungs- und Betreuungsangeboten für Kleinkinder wenig geeignet ist, eine Erhöhung der Geburtenraten für die nachfolgenden Jahre zu begünstigen. Diese Schlussfolgerung wird weiter untermauert, wenn wir den Unterschied zwischen der angestrebten und der verwirklichten durchschnittlichen Geburtenrate betrachten, wie sie aus der *Population Policy Acceptance Study* (vgl. Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung/Robert Bosch Stiftung 2005) sowie aus Daten von

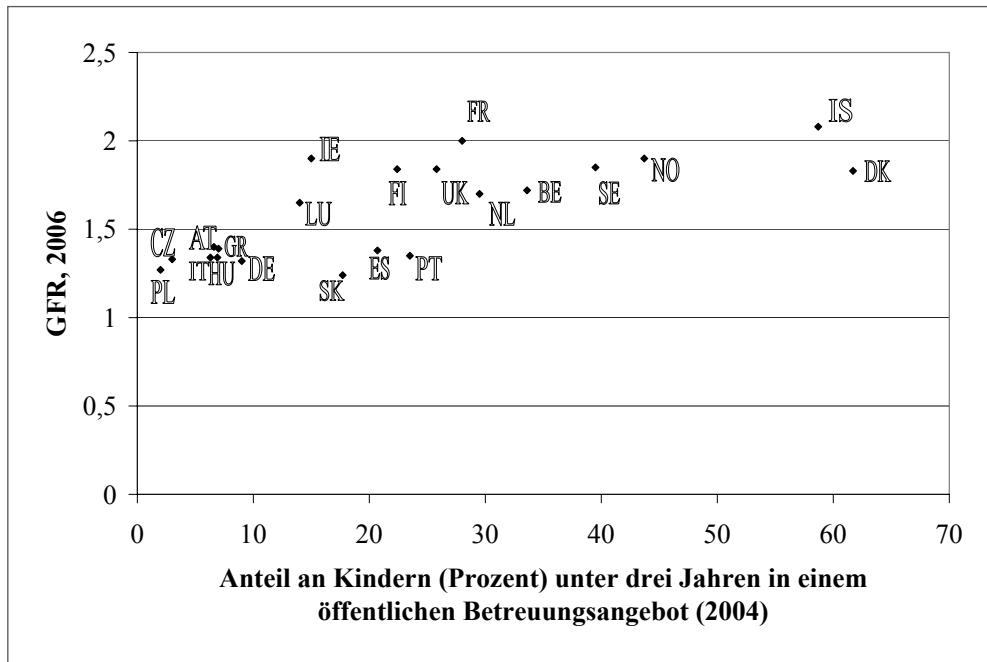


Abb. 2: Korrelation zwischen dem Anteil an Kindern (Prozent) unter drei Jahren, die in einem öffentlichen Betreuungsangebot angemeldet sind, in 19 EU-OECD-Ländern, sowie Norwegen und Island (2004) und Gesamtfertilitätsraten (GFR) (2006).
 Anmerkung: Pearson's Korrelationskoeffizient = 0,75. Daten für Deutschland und Polen beziehen sich auf 2001. Aufgrund der niedrigen Beteiligungsrate für Deutschland in 2002 (vgl. Deutsches Jugendinstitut 2004, S. 65, 68) und einer ebensolchen von 12,1% in 2006 (vgl. Statistisches Bundesamt 2007, S. 7), sind die Daten auf das Jahr 2004 übertragbar. Für die polnischen Daten gilt diese Beteiligungsrate auch noch heute (vgl. Heinen/Wator 2006, S. 189). Die Daten für Frankreich spiegeln die Lage in 2002 wider. Die Daten für Griechenland, Luxemburg, Norwegen und die Slowakische Republik beziehen sich auf 2003, die Daten für Dänemark auf 2005 (Quellen: Eurostat 2008a; OECD 2008).

Eurostat (2008a) hervorgeht, insbesondere was den Anteil der Kinder unter drei Jahren, welche in öffentlichen Kinderbetreuungsarrangements untergebracht sind, betrifft (was hier nicht graphisch dargestellt wurde). Hieraus ergibt sich eine ziemlich starke negative Korrelation, nämlich eine erhebliche Kluft zwischen angestrebter und verwirklichter Fertilität in Ländern mit geringen Anteilen an Kleinkindern in öffentlicher Betreuung. Dies steht in auffälligem Gegensatz zu Ländern mit einem hohen Grad an Unterbringungen in Kinderbetreuungsarrangements. Dennoch ist die Kluft zwischen angestrebter und tatsächlicher Geburtenrate sowohl in den deutschsprachigen Ländern als auch in Finnland oder in den Niederlanden recht klein und von ähnlichem Ausmaß. Dies legt nahe, dass wir unsere Aufmerksamkeit auf die verschiedenen Grade des Kinderwunsches richten sollten. Denn die Fertilitätsrate in Finnland und den Niederlanden blieb im Gegen-

satz zu Deutschland und Österreich, deren Fertilitätsraten unter die kritische Schwelle gefallen sind, während nahezu der gesamten berücksichtigten Zeitspanne über dem Schnitt von 1,5 Kindern pro Frau.

3. Zeitpolitiken und Kinderwunsch

Forschungsergebnisse haben gezeigt, dass die ideale Familiengröße genau so wie andere Ziele und Bestrebungen im Leben durch das soziale Umfeld, in welchem die jungen Frauen sozialisiert werden, beeinflusst wird (vgl. Goldstein/Lutz/Testa 2003, S. 490f.; Lutz/Skirbekk 2005, S. 703). Während der prägenden Jahre der Kindheit und des jungen Erwachsenenlebens internalisieren Individuen soziale Normen und lernen, unter welchen Einschränkungen Pläne für das Berufs- und Familienleben zu verwirklichen sind. Erwerbstätigkeit und Gebärverhalten sind Teil dieses Prozesses, zuvor erstellte Pläne zu realisieren, während zur selben Zeit neue Pläne geschmiedet werden, welche auf gemachten Erfahrungen und auf Folgerungen aus vorherigem Verhalten basieren. Längere Zeit in einem Umfeld mit niedriger Fertilitätsrate zu leben, vielleicht als Einzelkind aufzuwachsen oder viele Freunde und Schulkameraden zu haben, die Einzelkinder sind, oder andere Paare zu kennen, welche kinderlos geblieben sind, um andere Lebensziele zu verfolgen, sind alles wahrscheinliche Faktoren, welche die eigenen Pläne, in der Zukunft Kinder zu haben oder nicht, beeinflussen.

Wie wir gesehen haben, haben nahezu alle europäischen Länder eine Zeit lang Geburtenraten unter der bestandserhaltenden Geburtenrate aufgewiesen. Und dennoch variierten die Geburtenraten zur selben Zeit von Land zu Land erheblich. Um die Wechselwirkungen zwischen Kinderwunsch und der umgebenden Gesellschaft besser zu verstehen, müssen wir zuerst das Auftreten von Kinderlosigkeit quer durch verschiedene Alterskohorten, welche die Fertilitätspläne und das tatsächliche Gebärverhalten von aufeinander folgenden Generationen beeinflussen mag, betrachten. Es ist nachgewiesen worden, dass der Anteil von Frauen, welche nicht Mütter geworden sind, im Gegensatz zu den vor 1950 geborenen Frauen unter den jüngeren Kohorten in den meisten europäischen Ländern angestiegen ist (vgl. Sardon/Robertson 2004, S. 300f.). Nichtsdestotrotz haben nur wenige Staaten – Österreich, das Vereinigte Königreich, Deutschland, Italien und die Niederlande – sehr hohe Prozentsätze an Kinderlosigkeit (ca. 20 Prozent) erreicht, und dies vor allem unter den Frauen, welche Mitte der 1960er-Jahre geboren wurden, was die jüngste Kohorte ist, für welche wir Daten über die Kinderlosigkeit in nahezu allen europäischen Ländern haben. Für Deutschland kann ein solch hohes Auftreten an Kinderlosigkeit bereits bei Mitte der 1950er-Jahre geborenen Frauen beobachtet werden. Und obwohl wir kein Datenmaterial für spätere Kohorten in diesem Land haben, gibt es kein Anzeichen dafür, dass der Grad an Kinderlosigkeit seitdem gesunken ist. Tatsächlich scheint das Gegenteil der Fall zu sein. Für Deutschland und Österreich wurden die höchsten Anteile an Kinderlosigkeit in Europa sogar unter den Mitte der 1970er-Jahre geborenen Frauen berechnet. Dort beendet jede vierte Frau ihr gebärfähiges Alter, ohne ein Kind geboren zu haben (vgl. Sobotka 2004, S. 143ff.). Interessant ist, dass auch

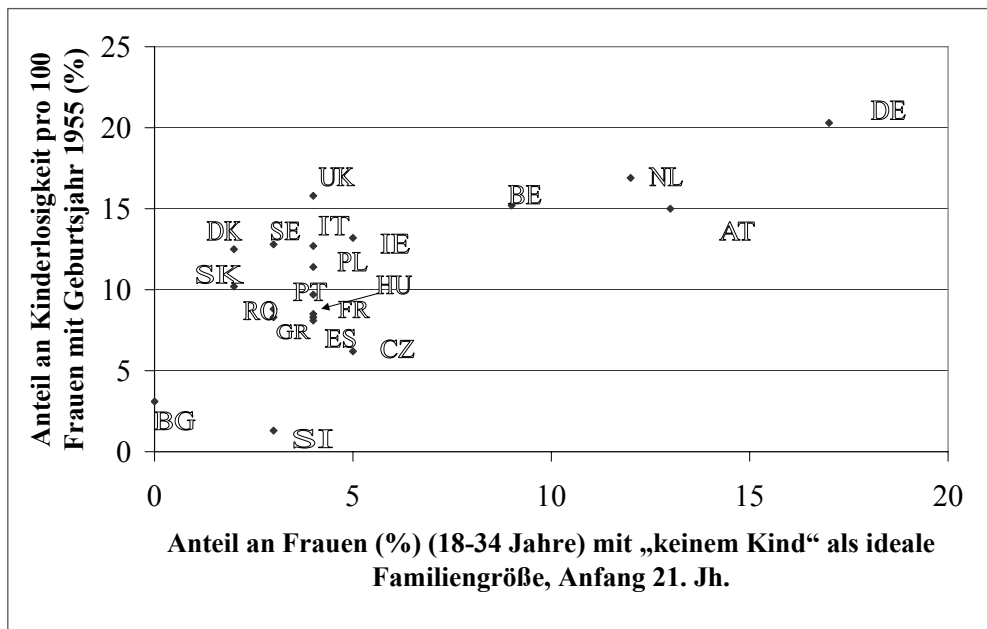


Abb. 3: Korrelation zwischen dem Anteil an Kinderlosigkeit pro 100 bei im Jahr 1955 geborenen Frauen (Prozent) und dem Anteil an Frauen (Prozent) zwischen 18 und 34 Jahren mit „keinem Kind“ als ideale Familiengröße in 20 EU-OECD-Ländern zu Beginn des 21. Jahrhunderts.

Anmerkung: Pearson's Korrelationskoeffizient = 0,72 (Quellen: Billari 2006, S. 78; Sardon/Robertson 2004, S. 300f.)

15 Prozent der belgischen sowie der 1965 in Polen geborenen Frauen kinderlos geblieben sind, was künftige Veränderungen in der Quote und/oder des Zeitpunktes der Geburten in diesen Ländern anzukündigen scheint.

Anhand der Daten des Eurobarometer Survey 2002 kann zudem die Beziehung zwischen dem tatsächlichen und dem gewünschten Grad an Kinderlosigkeit untersucht werden (vgl. Billari 2006, S. 78). Zwar stellt das Eurobarometer 2006 neuere Daten über die als ideal erachtete Familiengröße bereit, aber die Ergebnisse für Deutschland stimmen nicht mit anderen Daten, die in nationalen und internationalen Surveys erhoben wurden, überein (vgl. Testa 2007, S. 363). Deshalb wird für diesen Punkt das vorangehende Eurobarometer herangezogen. Unter den im Jahr 1955 geborenen Frauen, welche zu Beginn des 21. Jahrhunderts das Ende ihres gebärfähigen Alters erreicht haben, können wir eine recht starke positive Korrelation finden zwischen dem Grad an Kinderlosigkeit dieser Frauen und dem angestrebten Grad an Kinderlosigkeit bei Frauen zwischen 18 und 34 Jahren in zwanzig EU-OECD-Ländern (vgl. Abb. 3).

Dies scheint das von den Soziologen und Demographen Joshua Goldstein, Wolfgang Lutz und Rita Maria Testa angeführte Sozialisationsargument zu stützen, nach welchem die gewünschte Größe der Familie sich schließlich der Fertilitätsrate eines Landes an-

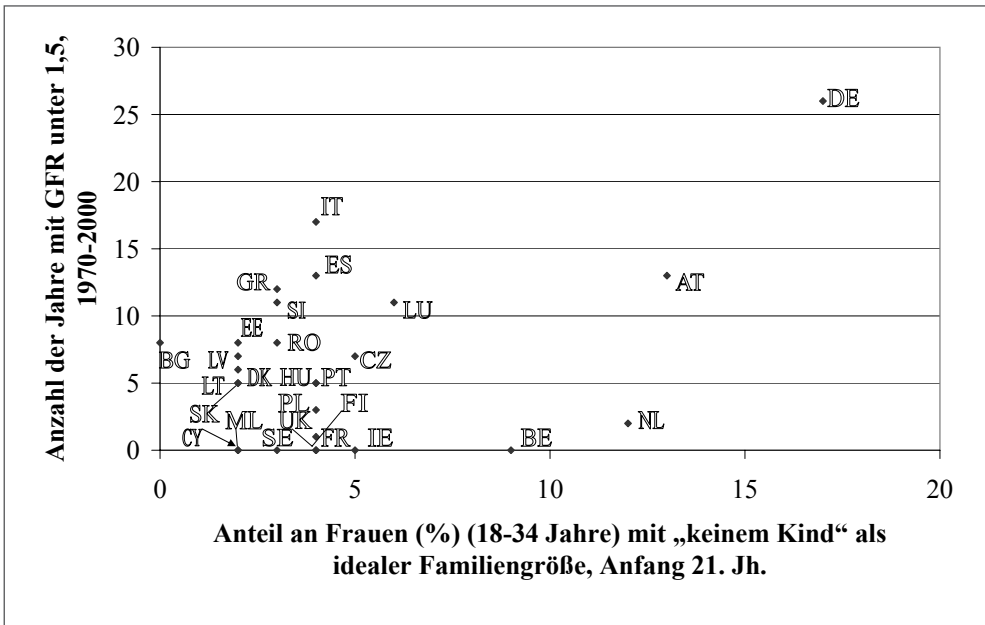


Abb. 4: Korrelation zwischen der Länge der Erfahrung (Anzahl der Jahre im Zeitraum 1970-2000) mit Fertilität unter der kritischen Grenze (d.h. unter 1,5 GFR) und dem Anteil an Frauen (Prozent) zwischen 18 und 34 Jahren mit „keinem Kind“ als idealer Familiengröße in den 27 EU-Staaten zu Beginn des 21. Jahrhunderts
Anmerkung: Pearson's Korrelationskoeffizient = 0,43 (Quellen: Billari 2006, S. 78; Institut national d'études démographiques 2007)

passt (vgl. Goldstein/Lutz/Testa 2003, S. 490f). Bedeutet dies dann, dass das Auftreten einer niedrigen Geburtenrate über einen langen Zeitraum hinweg einen hohen Grad an gewünschter Kinderlosigkeit in einer Gesellschaft bedingt? Abbildung 4 zeigt, dass dies nicht ganz der Fall ist.

Unter den 27 Staaten der Europäischen Union finden sich nur vier Staaten, in welchen der Anteil der Frauen zwischen 18 und 34 Jahren, die kein Kind möchten, 10 oder mehr Prozent beträgt. In den meisten Ländern beläuft sich der Prozentsatz auf 0 bis 5 (oder höchstens 6) Prozent. Die vier Staaten, welche einen ziemlich hohen Grad an gewollter Kinderlosigkeit aufweisen, sind Deutschland, Österreich, die Niederlande und Belgien. Die beiden letztgenannten Länder gehören zu den wenigen Ländern in Europa, welche nahezu keine Erfahrung mit Geburtenraten auf oder unter der kritischen Grenze von 1,5 Geburten pro Frau aufweisen. Warum würde ein bedeutender Anteil an jungen Frauen in diesen Gesellschaften dann den Wunsch hegen, niemals Mutter werden zu wollen? Im Falle der Niederlande haben die Zeitpolitiken sicher einen Beitrag zu diesem Wunsch geleistet, da die Öffnungszeiten vorschulischer Einrichtungen oftmals begrenzt sind, die Schultage um drei Uhr am Nachmittag enden und das Fehlen einer Versorgung mit einem Mittagessen in den Schulen die Zeit der Eltern, üblicherweise die der Mutter,

weiter einschränkt und es somit schwierig macht, sich anderen Aktivitäten inklusive der Erwerbstätigkeit zu widmen (vgl. European Communities 2005, S. 42). Dies wiederum kann schließlich zu einem wachsenden Anteil an Risiko vermeidenden Frauen führen, welche nicht bereit sind, andere Möglichkeiten um der Mutterschaft Willen aufzugeben. Angesichts der zirkulären kumulativen Kausalität zwischen Arbeits- und Familienplänen sowie Gebärverhalten, könnte eine solche Entwicklung auf lange Sicht ziemlich ernsthafte Konsequenzen für die Geburtenhäufigkeit haben.

Als weiteren ‚Test‘ für das Sozialisationsargument müssen wir auch die Beziehung zwischen der Häufigkeit des Ideals der Kleinfamilie (d.h. ein oder kein Kind) bei Frauen im (haupt-)gebärfähigen Alter (vgl. Billari 2006, S. 78) und der Dauer der Periode, in welcher die kritische Schwelle der Fertilitätsrate unterschritten wird, betrachten (was hier nicht graphisch dargestellt wurde). Dann finden wir, dass nahezu 40 Prozent der deutschen und fast 30 Prozent der österreichischen Frauen eine solch beschränkte Familiengröße anstreben. Gleichfalls wünscht in Rumänien und Belgien jede fünfte Frau eine sehr kleine Familie, obwohl keines dieser Länder eine lange Erfahrung mit sehr niedrigen Geburtenraten hat. Tatsächlich ist Deutschland das einzige Land, in welchem sowohl der Anteil der Frauen, die eine Kleinfamilie anstreben, außergewöhnlich groß ist, als auch die Zeitspanne, in welcher die Fertilität unter 1,5 Kindern pro Frau, außergewöhnlich lange, nämlich über drei Jahrzehnte, währt. Österreich hat ebenfalls eine ziemlich lange Erfahrung mit einer niedrigen Geburtenrate, aber nicht länger als Spanien oder Italien, wo ungefähr 15 Prozent der Frauen eine Kleinfamilie bevorzugen, höchstwahrscheinlich aufgrund ihrer starken familiären Tradition (vgl. Reher 1998, S. 203, 215). Auch dies lässt vermuten, dass es nötig ist, sich eingehender mit den speziellen sozialen Umfeldern der verschiedenen Länder zu befassen. Im Gegensatz zu Südeuropa wird dem Individuum in den deutschsprachigen Ländern ein größeres Gewicht verliehen. Der Grund dafür, dass die letztere Gruppe den höchsten Anteil an jungen Frauen aufweist, die kein oder höchstens ein einziges Kind haben möchten, ist höchstwahrscheinlich in den großen Schwierigkeiten zu finden, in diesen Gesellschaften Mutterschaft und Arbeit oder andere Tätigkeiten in der öffentlichen Sphäre zu vereinbaren, wie das Beispiel von Westdeutschland zeigt. Darüber hinaus scheinen die Zeitpolitiken frühkindlicher Erziehung und Betreuung diese Schwierigkeiten zu verstärken, indem sie nicht nur die Gesamtfertilitätsrate reduzieren, sondern auch den Kinderwunsch dämpfen.

4. Schlussfolgerung

Die Zeitpolitiken frühkindlicher Erziehung und Betreuung sind somit eindeutig ein wichtiger Aspekt in Bezug auf die Entwicklung der Fertilitätsraten in modernen Gesellschaften, in welchen das Zwei-Verdiener-Modell gut etabliert ist. In diesem Beitrag habe ich dieses Argument sowohl theoretisch als auch empirisch untermauert. Während sich die Kluft zwischen der Gleichheit der Geschlechter im Bildungssystem und auf dem Arbeitsmarkt und der Gleichheit der Geschlechter in der Familie vergrößert hat, ist sich eine steigende Anzahl von Frauen der Risiken, mehr als eine sehr eingeschränkte Zahl an

Kindern zu haben, bewusst geworden. Wenn familienpolitische Maßnahmen nicht als effektiv in Bezug auf die Milderung der mit der Mutterschaft verbundenen Unsicherheit wahrgenommen werden, kann die Fertilitätsrate auf ein für die Gesellschaft gefährlich niedriges Niveau fallen – was in zahlreichen Ländern bereits der Fall ist – und gefährdet dabei das wirtschaftliche Wachstum und die Zukunft des Wohlfahrtsstaates. Gewiss hat der leichte Zugang zu effizienten Empfängnisverhütungsmitteln es Frauen ermöglicht, das Zeugen von Kindern zu kontrollieren, und wenn sie es für nötig befinden, dieses in hohem Maße einzugrenzen. Gleichzeitig ist Selbstverwirklichung aufgrund von Veränderungen gesellschaftlicher Normen in ganz Europa und dem Rest der Ersten Welt in den letzten Jahrzehnten ein akzeptiertes Ziel für alle Individuen, ungeachtet des Geschlechts, geworden (vgl. van de Kaa 2001, S. 301f., 314, 324). Gleichwohl sind trotz Ähnlichkeiten in individuellen Lebenszielen sowie auch in der Verfügbarkeit moderner Kontrazeptiva die Geburtenraten in einer Reihe von Ländern (aber nicht in anderen) über der kritischen Grenze von 1,5 Geburten pro Frau geblieben. Dies weist wieder auf die große Bedeutung eines bestimmten sozialen Umfeldes und politischer Maßnahmen hin. Kürzere Arbeitszeiten für wenigstens einen der beiden Elternteile, normalerweise die Mutter, könnten sich zudem als eine effektive Strategie erweisen, um den Beruf und die Verantwortlichkeiten hinsichtlich des Kindergroßziehens zu vereinbaren, während den Frauen zudem Zeit für sich selbst zur Verfügung gestellt wird, was wiederum ihre Entscheidungen über das eigene Gebärverhalten günstig beeinflussen könnte.

Wir haben gesehen, dass sich das Verhältnis zwischen dem Grad der Frauenerwerbstätigkeit und der Geburtenrate gegen Ende des zwanzigsten Jahrhunderts verändert hat. Länder mit einer niedrigen Frauenerwerbsquote weisen eher niedrige Geburtenraten auf, während Gesellschaften mit einem hohen Beteiligungsgrad der Frauen an der Erwerbsbevölkerung eine Fertilitätsrate über der kritischen Grenze von 1,5 Geburten pro Frau aufweisen. Dieses neue Muster ist jedoch nicht nur in Beziehung zu der Verfügbarkeit von Teilzeitarbeit gesetzt worden, denn Länder mit eingeschränkten Möglichkeiten für Frauen, weniger als Vollzeit zu arbeiten (wie z.B. in Südeuropa) und Länder mit einem beträchtlichen Anteil an in Teilzeit beschäftigten Frauen (wie z.B. die deutschsprachigen Länder) weisen sehr geringe Geburtenraten auf. Darüber hinaus weisen die Ergebnisse darauf hin, dass großzügige Elternzeitprogramme ihr Ziel, den weiteren Fall der Geburtenhäufigkeit zu verhindern, nicht erreicht haben. Dagegen begünstigen öffentliche Betreuungs- und Erziehungsangebote – auch für Kinder unter drei Jahren – offensichtlich die Entscheidung, weitere Kinder zu bekommen. Der Zugang zu qualitativ hochwertigen Betreuungsarrangements scheint auch zu einem größeren Kinderwunsch zu führen, wie er auch dessen Verwirklichung erleichtert. Dies geschieht allerdings nur, wenn die Zeitstrukturen es Frauen erlauben, sowohl einer bezahlten Arbeit nachzugehen als sich auch über das Großziehen der Kinder hinaus weiteren Aktivitäten zu widmen.

Länder, welche die Notwendigkeit effektiver Zeitpolitiken der frühkindlichen Erziehung und Betreuung verkennen, werden daher das Risiko, den Anteil kinderloser oder Ein-Kind-Familien zu erhöhen, vergrößern. In Anbetracht dessen, dass eine hohe Dichte an Klein(st)familien in einer Gesellschaft wahrscheinlich ähnliche Wünsche in den nachfolgenden Generationen verstärkt, wie in deutschsprachigen Ländern zu beobachten ist,

kann dies die Geburtenraten auf lange Sicht unter der kritischen Grenze halten. Die Bedeutung von Zeitpolitiken in der Organisation der Kinderbetreuung und -erziehung von der vorschulischen bis zur Grundschulbildung ist im Hinblick auf die Familienplanung und das Gebärverhalten insbesondere in Ländern mit vergleichsweise kurzer Erfahrung mit niedrigen Fertilitätsraten augenscheinlich. Da diese Länder noch nicht dauerhaft den Weg geringer Fertilität eingeschlagen haben, haben sie möglicherweise noch Zeit, entschieden zu handeln und innovative und effektivere Zeitpolitiken zu implementieren. Daher ist es wahrscheinlich, dass die Rolle politischer Maßnahmen und Entscheidungen bei der Entwicklung von Geburtentrends in den kommenden Jahren zunehmend bedeutend wird.

Literatur

- Ahn, N./Mira, P. (2002): A Note on the Changing Relationship between Fertility and Female Employment Rates in Developed Countries. In: *Journal of Population Economics* 15, H. 4, S. 667–682.
- Andress, H.-J./Borgloh, B./Bröckel, M./Giesselmann, M./Hummelsheim, D. (2006): The Economic Consequences of Partnership Dissolution – A Comparative Analysis of Panel Studies from Belgium, Germany, Great Britain, Italy, and Sweden. In: *European Sociological Review* 22, H. 5, S. 533–560.
- Beck, U. (1986): *Risikogesellschaft*. Frankfurt: Suhrkamp.
- Becker, G.S. (1991): *A Treatise on the Family*. Cambridge: Harvard University Press.
- Bernhardt, E.M. (1993): Fertility and Employment. In: *European Sociological Review* 9, H. 1, S. 25–42.
- Billari, F.C. (2006): The Transition to Parenthood in European Societies. In: Hantrais, L./Philipov, D./Billari, F.C. (Hrsg.): *Policy Implications of Changing Family Formation: Study Prepared for the European Population Conference 2005*. Population Studies, 49. Straßburg: Europarat, S. 63–116.
- Breen, R./Cooke, L.P. (2005): The Persistence of the Gendered Division of Domestic Labor. In: *European Sociological Review* 21, H. 1, S. 43–57.
- Brewster, K.L./Rindfuss, R.R. (2000): Fertility and Women's Employment in Industrialized Nations. In: *Annual Review of Sociology* 26, S. 271–296.
- Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (BiB)/Robert Bosch Stiftung (Hrsg.) (2005): *The Demographic Future of Europe – Facts, Figures, Policies*. Ergebnisse der Population Policy Acceptance Study (PPAS). Verfügbar unter: http://www.bib-demographie.de/cln_099/nn_749852/SharedDocs/Publikationen/DE/Download/Broschueren/dialog_ppas2005.templateId=raw,property=publicationFile.pdf/dialog_ppas2005.pdf; (letztes Abrufdatum: 18.09.08).
- Caldwell, J.C./Schindlmayr, T. (2003): Explanations of the fertility crisis in modern societies: A search for commonalities. In: *Population Studies* 57, H. 3, S. 241–263.
- Dalla Zuanna, G. (2001): The Banquet of Aeolus: A Familistic Interpretation of Italy's Lowest Low Fertility. In: *Demographic Research* 4, article 5, S. 133–162.
- Del Boca, D. (2002): The Effect of Child Care and Part Time Opportunities on Participation and Fertility Decisions in Italy. In: *Journal of Population Economics* 15, H. 3, S. 549–573.
- Deutsches Jugendinstitut (2004): *OECD Early Childhood Policy Review 2002–2004*. Background Report Germany. München: Deutsches Jugendinstitut.
- Di Giulio, P./Pinnelli, A. (2007): The Gender System in Developed Countries: Macro and Micro Evidence. In: Pinnelli, A./Racioppi, F./Rettaroli, R. (Eds.): *Genders in the Life Course: Demographic Issues*. Dordrecht: Springer, S. 25–50.

- Di Prete, T.A./Morgan, P.S./Engelhardt, H./Pacalova, H. (2003): Do Cross-national Differences in the Costs of Children Generate Cross-national Differences in Fertility Rates? In: *Population Research and Policy Review* 22, H. 4, S. 439–477.
- Europarat (2001–2004): *Recent Demographic Developments in Europe*. Straßburg: Council of Europe Publishing.
- European Communities (2005): *Childcare services*. In: *Reconciliation of Work and Private Life: A Comparative Review of Thirty European Countries*. Chapter 2. Luxembourg: Office for Official Publications of the European Communities, S. 33–46.
- Eurostat (2008a): *Fruchtbarkeitsziffern nach Alter* [Eurostat homepage; Bevölkerung und soziale Bedingungen; Bevölkerung; Demographie; Demographie – Nationale Daten; Fruchtbarkeit; Fruchtbarkeitsziffern nach Alter]. Verfügbar unter: http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page?_pageid=0,1136184,0_45572595&_dad=portal&_schema=PORTAL; (letztes Abrufdatum: 13.11.2008).
- Eurostat (2008b): *Teilzeitbeschäftigung als Prozentsatz der gesamten Beschäftigung bei vorgegebenem Geschlecht und Altersgruppe (%)* [Bevölkerung und soziale Bedingungen; Arbeitsmarkt; Beschäftigung und Arbeitslosigkeit (LFS/AKE – Erhebung über Arbeitskräfte); LFS Reihe – Detaillierte jährliche Erhebungsergebnisse; Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigung – LFS Reihe; Teilzeitbeschäftigung als Prozentsatz der gesamten Beschäftigung bei vorgegebenem Geschlecht und Altersgruppe (%)]. Verfügbar unter http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page?_pageid=0,1136184,0_45572595&_dad=portal&_schema=PORTAL; (letztes Abrufdatum: 13.11.2008).
- Ferrarini, T. (2003): *Parental Leave Institutions in Eighteen Post-War Welfare States*. Dissertation, Swedish Institute for Social Research, Stockholm University.
- Gähler, M. (1998): *Life After Divorce: Economic, Social and Psychological Well-being among Swedish Adults and Children Following Family Dissolution*. Dissertation, Swedish Institute for Social Research, Stockholm University.
- Gauthier, A.H. (2002): *Family Policies in Industrialized Countries: Is There Convergence?* In: *Population (English Edition)* 57, H. 3, S. 447–474.
- Goldstein, J./Lutz, W./Testa, M.R. (2003): *The Emergence of Sub-replacement Family Size Ideals in Europe*. In: *Population Research and Policy Review* 22, H. 5/6, S. 479–496.
- Gornick, J.C./Meyers, M.K. (2003): *Families that Work: Policies for Reconciling Parenthood and Employment*. New York: Russell Sage Foundation.
- Grossbard-Shechtman, S. (2001): *The New Home Economics at Columbia and Chicago*. In: *Feminist Economics* 7, H. 3, S. 101–130.
- Hagemann, K. (2006): *Between Ideology and Economy: The ‘Time Politics’ of Child Care and Public Education in the Two Germanys*. In: *Social Politics: International Studies in Gender, State & Society* 13, H. 2, S. 217–260.
- Hagemann, K. (2009): *Die Ganztagschule als Politikum. Die bundesdeutsche Entwicklung in gesellschafts- und geschlechtergeschichtlicher Perspektive*. In: Stecher, L./Allemann-Ghionda, C./Helsper, W./Klieme, E. (Hrsg.): *Ganztägige Bildung und Betreuung*. 54. Beiheft der Zeitschrift für Pädagogik. Weinheim u.a.: Beltz, S. 209–229.
- Heinen, J./Wator, M. (2006): *Child Care in Poland before, during and after the Transition: Still a Women’s Business*. In: *Social Politics: International Studies in Gender, State & Society* 13, H. 2, S. 189–216.
- Hobson, B./Oláh, L.Sz. (2006a): *Birthstrikes? Agency and Capabilities in the Reconciliation of Employment and Family*. In: *Marriage and Family Review* 39, H. 3/4, S. 197–227.
- Hobson, B./Oláh, L.Sz. (2006b): *Tournant positif ou ‘grève des ventres’? Formes de résistance au modèle de l’homme gagne-pain et à la restructuration de l’Etat-providence*. In: *Recherches et Prévisions* 83, S. 45–59.

- Institut national d' études démographiques (INED). (2007): Population in Figures. Database. Total Period Rate. Verfügbar unter: http://www.ined.fr/en/pop_figures/developed_countries/situation/one_indicator/; (letztes Abrufdatum: 06.02.2007).
- Joshi, H. (1998): The Opportunity Costs of Childbearing: More Than Mothers' Business. In: *Journal of Population Economics* 11, H. 2, S. 161–183.
- Kocourková, J. (2002): Leave Arrangements and Childcare Services in Central Europe: Policies and Practices before and after the Transition. In: *Community, Work & Family* 5, H. 3, S. 301–318.
- Kreyenfeld, M. (2004): Fertility Decisions in the FRG and GDR: An Analysis with Data from the German Fertility and Family Survey. In: *Demographic Research, Special Collection* 3, article 11, S. 275–318.
- Lutz, W./Skirbekk, V. (2005): Policies Addressing the Tempo Effect in Low-Fertility Countries. In: *Population and Development Review* 31, H. 4, S. 699–720.
- McDonald, P. (2000a): Gender Equity, Social Institutions and the Future of Fertility. In: *Journal of Population Research* 17, H. 1, S. 1–16.
- McDonald, P. (2000b): Low Fertility in Australia: Evidence, Causes and Policy Responses. In: *People and Place* 8, H. 1, S. 6–21.
- McDonald, P. (2006): Low Fertility and the State: The Efficacy of Policy. In: *Population and Development Review* 32, H. 3, S. 485–510.
- Micklewright, J./Stewart, K. (1999): Is the Well-Being of Children Converging in the European Union? In: *The Economic Journal* 109 (459), S. F692–F714.
- OECD (2001): *Balancing Work and Family Life: Helping Parents into Paid Employment*. In: *OECD: Employment Outlook 2001*. Chapter 4. Paris: Organisation for Economic Co-operation and Development, S. 129–166.
- OECD (2006): *Labour Market Performance since 1994 and Future Challenges*. In: *Employment Outlook 2006*. Chapter 2. Paris: Organisation for Economic Co-operation and Development, S. 29–45.
- OECD (2008): *OECD Family Database, PF11: Enrollment in day-care and pre-schools*. Verfügbar unter: <http://www.oecd.org/dataoecd/46/13/37864698.pdf>; (letztes Abrufdatum: 13.11.2008).
- Oláh, L.Sz. (1998): 'Sweden, the Middle Way': A Feminist Approach. In: *The European Journal of Women's Studies* 5, H. 1, S. 47–67.
- Oláh, L.Sz. (2007): Höga födelsetal i länder med utbyggd barnomsorg. In: *Välfärd*, 3 (Statistics Sweden), S. 6–7.
- Oppenheimer, V.K. (1994): Women's Rising Employment and the Future of the Family in Industrial Societies. In: *Population and Development Review* 20, H. 2, S. 293–342.
- Pascall, G./Manning, N. (2000): Gender and Social Policy: Comparing Welfare States in Central and Eastern Europe and the Former Soviet Union. In: *Journal of European Social Policy* 10, H. 3, S. 240–266.
- Population and Development Review (2004): Documents. The IMF on Policies Responding to Demographic Change. In: *Population and Development Review* 30, H. 4, S. 783–789.
- Presser, H.B. (1989): Can We Make Time for Children? The Economy, Work Schedules, and Child Care. In: *Demography* 26, H. 4, S. 523–543.
- Presser, H.B. (2001): Comment: A Gender Perspective for Understanding Low Fertility in Post-Transitional Societies. In: *Population and Development Review* 27, Supplement: Global Fertility Transition, S. 177–183.
- Reher, D.S. (1998): Family Ties in Western Europe: Persistent Contrasts. In: *Population and Development Review* 24, H. 2, S. 203–234.
- Rindfuss, R.R. /Guzzo, K.B./Morgan, S.P. (2003). The Changing Institutional Context of Low Fertility. In: *Population Research and Policy Review* 22, H. 5/6, S. 411–438.
- Sardon, J.-P./Robertson, G.D. (2004): Recent Demographic Trends in the Developed Countries. In: *Population (English Edition)* 59, H. 2, S. 263–314.

- Sobotka, T. (2004): Postponement of Childbearing and Low Fertility in Europe. Dissertation, University of Groningen.
- Statistisches Bundesamt (2007): Kindertagesbetreuung regional 2006. Ein Vergleich aller 439 Kreise in Deutschland. Wiesbaden: Statistische Ämter des Bundes und der Länder.
- Testa, M.R. (2007): Childbearing preferences and family issues in Europe: evidence from the Eurobarometer 2006 survey. In: Vienna Yearbook of Population Research 2007, S. 357–379. Verfügbar unter: http://www.oeaw.ac.at/vid/publications/VYPR2007/Yearbook2007_Data-Trends_Testa_pp357-379.pdf; (letztes Abrufdatum: 13.11.2008).
- Valiente, C. (2003): Central State Child Care Policies in Post-Authoritarian Spain: Implications for Gender and Carework Arrangements. In: *Gender and Society* 17, H. 2, S. 287–292.
- van de Kaa, D.J. (1996): Anchored Narratives: The Story and Findings of Half a Century of Research into the Determinants of Fertility. In: *Population Studies* 50, H. 3, S. 389–432.
- van de Kaa, D.J. (2001): Postmodern Fertility Preferences: From Changing Value Orientation to New Behavior. In: *Population and Development Review* 27, Supplement: Global Fertility Transition, S. 290–331.

Anschrift der Autorin

PhD LLM Livia Sz. Oláh, Associate Professor, Research Fellow (FAS), Lecturer in Demography, Dept. of Sociology, Stockholm University 106 91 Stockholm, Sweden.
E-Mail: livia.olah@sociology.su.se, Homepage: <http://www2.sociology.su.se/home/Olah/>.